

ZUSAMMENFASSUNGEN

Ulrich Schneckener

Zehn Jahre nach 9/11: Zum politischen Umgang mit dem ‚Terrorrisiko‘

Der Kommentar beschäftigt sich mit der Frage, welche typischen Muster für den politischen und administrativen Umgang mit dem ‚Terrorrisiko‘ charakteristisch sind. Die zentrale These lautet, dass der ‚neue‘, transnationale Terrorismus dabei nicht nur für sich genommen als schwer kalkulierbares Risiko gilt, sondern zudem auch als ‚Verstärker‘ für jene Katastrophen-Risiken wahrgenommen wird, die grundsätzlich in einer modernen, durch Hochtechnologie geprägten Gesellschaft bestehen. Diese Kombination aus Risiko und ‚Risikoverstärkung‘ erklärt, warum Terrorismus in solchen Gesellschaften eine besondere Wirkung entfaltet, die sich in den skizzierten Reaktionsweisen niederschlägt. Der Beitrag plädiert im Fazit dafür, die dominierende, primär technokratische Risikoperspektive um eine politische Konfliktperspektive zu ergänzen.

Ulrich Glassmann / Jan Sauermann

Entscheidungskosten und Gemeinwohleffekte demokratischer Abstimmungsregeln – eine experimentelle Untersuchung

Welche Entscheidungskosten und welche Gemeinwohleffekte entstehen durch mehrheitliche und einstimmige Abstimmungsregeln? Buchanan und Tullock ([1962] 1999) zufolge kann das Einstimmigkeitsprinzip als demokratische Norm gelten, weil es Pareto-effiziente Wohlfahrtsgewinne garantiert. Wir präsentieren in diesem Beitrag experimentelle Ergebnisse aus einem Öffentliche-Güter-Spiel, die im Gegensatz zu dieser Annahme zeigen, dass die Mehrheitsregel unter bestimmten Bedingungen nicht geringere, sondern größere Wohlfahrtseffekte als die Einstimmigkeitsregel erzeugt. Dieses Ergebnis legt eine kritische Würdigung theoretischer Ansätze nahe, welche die Legitimität der Mehrheitsregel diesbezüglich einschränken.

Mayer / Schneider / Wagemann

Energieeffizienz in privaten Haushalten im internationalen Vergleich. Eine Policy-Wirkungsanalyse mit QCA

Das Thema Energieeffizienz erhält seit einigen Jahren vermehrt politische Beachtung sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene. Das Streben nach einem sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen schlägt sich in einer zunehmenden Zahl politischer Maßnahmen nieder. Ziel dieser Studie ist es, die Wirkung dieser Policies auf den Stromverbrauch privater Haushalte im internationalen Vergleich zu analysieren. Im Fokus des Interesses steht dabei die Frage, welche politischen Instrumente am wirkungsvollsten sind, bzw. in welcher Kombination sie Wirkung entfalten. In methodischer Hinsicht greifen wir dabei auf *Qualitative Comparative Analysis* (in der Version Fuzzy-Set QCA) zurück, eine Methode, die sich zur Beantwortung dieser Art von Forschungsfragen hervorragend

eignet. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass bestimmte politische Instrumente, wenn sie miteinander kombiniert eingesetzt werden, hinreichend für eine Senkung des privaten Stromverbrauchs sind. Institutionen wie Energieagenturen haben dabei eine wichtige Funktion, insbesondere in Kombination mit Normen und Standards. Ein niedriges Wirtschaftswachstum konnte als bedeutender Kontextfaktor identifiziert werden, der die Wahrscheinlichkeit von Stromeinsparungen erhöht.

Christian Stecker

Bedingungsfaktoren der Fraktionsgeschlossenheit. Eine vergleichende Analyse der deutschen Länderparlamente

Der Beitrag präsentiert die bisher umfangreichste quantitative Analyse des Abstimmungsverhaltens in deutschen Länderparlamenten. Anhand von 2184 namentlichen Abstimmungen aus insgesamt 42 Wahlperioden aller 16 Landtage wird überprüft, wie verschiedene Faktoren auf die Fraktionsgeschlossenheit wirken. Das strategische Kalkül von Fraktionen beim Beantragen namentlicher Abstimmungen wird als ein zentraler Faktor für den Zusammenhalt identifiziert – die beantragenden Fraktionen sind deutlich geschlossener als ihre politischen Wettbewerber. Es zeigt sich auch, dass eine höhere Geschlossenheit resultiert, wenn die Mehrheitsverhältnisse im Parlament knapp sind, die politische Distanz zwischen Regierung und Opposition steigt und eine Fraktion der Regierung angehört. Wahlsystemische Anreize scheinen dagegen nicht auf das Abstimmungsverhalten in den Landtagen zu wirken.

Anja Jetschke / Tobias Lenz

Vergleichende Regionalismusforschung und Diffusion: Eine neue Forschungsagenda

Seit Anfang der 1990er-Jahre hat die Zahl der Regionalorganisationen und regionalen Handelsabkommen rasant zugenommen. Im Zuge dessen hat auch die Vergleichende Regionalismusforschung neuen Aufschwung erhalten. Ein Schwerpunkt der Literatur fragt nach den Antriebskräften dieser Entwicklung, hat ein erstaunliches Phänomen bisher jedoch weitgehend ignoriert: die Ähnlichkeit vieler Regionalorganisationen in ihrem institutionellen Design und den gewählten Integrationsmethoden. Bestehende Perspektiven analysieren verschiedene Fälle von Regionalismus nach wie vor hauptsächlich als voneinander unabhängige Phänomene, die sich nicht wechselseitig beeinflussen, und deren Entstehung und Design entweder endogen durch regionale Dynamiken oder exogen durch mächtige Staaten bestimmt sind. Vor diesem Hintergrund plädieren wir in diesem Artikel für eine Ausweitung der Analyseperspektiven und skizzieren eine Diffusions-orientierte Forschungsagenda, die Regionalorganisationen als interdependente Phänomene begreift.

Veronika Kneip

Consumer Citizenship und Corporate Citizenship – Bürgerschaft in politischen Marktarenen?

Mit der Verwendung des Bürgerbegriffs für Konsumenten und Unternehmen erfolgt eine Verschränkung von Wirtschaftssphäre und politischer Arena, die in einem Spannungsver-

hältnis zu bestehenden Entwürfen von (Staats-)Bürgerschaft steht. Gegenstand des Beitrags ist es, diese Neukonfigurationen aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive zu hinterfragen und sowohl analytische Potenziale als auch Grenzen einer Übertragung zu erschließen. Dabei wird insbesondere das Wechselspiel zwischen Konsumenten und Unternehmen in einer Bürgerrolle systematisiert. Ob bzw. unter welchen theoretischen Prämissen eine Ausweitung des Bürgerbegriffs auf Konsumenten und Unternehmen möglich? Wie können Konsumenten und Unternehmen als Bürger Politik gestalten und in welchem Verhältnis stehen ihre Rollen dabei? Wie gestalten sich Zusammenspiel und Machtverhältnisse zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft in transnationalen politischen Arenen?

Sven Chojnacki / Anne Menzel

Peacebuilding: am Scheideweg – oder in der Sackgasse?

Der Beitrag präsentiert eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Debatte über den Nutzen und die Reichweite von Peacebuilding. Wir befragen die aktuellen wissenschaftlichen Veröffentlichungen vor allem daraufhin, was unter Peacebuilding verstanden wird und ob die derzeitige Forschung geeignet ist, Probleme der Praxis angemessen zu reflektieren und Reformen zu empfehlen, die zu einer Verbesserung von Peacebuilding führen können. In weiteren Schritten diskutieren wir aktuelle Entwicklungen der Peacebuilding-Forschung zu jenen Umsetzungsprinzipien, die in der politischen Praxis für geeignet gehalten werden, die Effektivität von Peacebuilding zu erhöhen: die Herstellung lokaler Ownership sowie ‚Koordination und Integration‘ zwischen verschiedenen Peacebuilding-Akteuren. Die Schlussfolgerungen legen nahe, dass es sowohl analytisch notwendig als auch praktisch sinnvoll wäre, sozialtechnologische Steuerungsvorstellungen aufzugeben und stattdessen Möglichkeiten für den Umgang mit ‚Nichtwissen‘ zu erarbeiten.

Eckhard Jesse

Friedliche Revolution. Deutsche Einheit. Vereinigtes Deutschland?

Die neue Forschung zum Systemwechsel in der DDR, zum Vollzug der deutschen Einheit und zur Einordnung der Bundesrepublik Deutschland – nach über 60 Jahren ihrer Existenz – als gefestigte oder gefährdete Demokratie wird mehr durch die Zeitgeschichte als durch die Politikwissenschaft bestimmt. Es ist Zeit für größere politikwissenschaftliche Analysen – zum Systemwechsel in der DDR, zur deutschen Einheit und zu ihren Folgen.